

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Neues aus den Institutionen

Thema der Woche

- [Ursula von der Leyen, designierte Kommissionspräsidentin](#) 2

Europäische Kommission

- [Regierung nominiert Johannes Hahn als EU-Kommissar für Österreich](#) 3

Rat der Europäischen Union

- [Rat „Landwirtschaft und Fischerei“ erörterte gemeinsame Agrarpolitik](#) 4
- [Rat „Auswärtige Angelegenheiten“](#) 5
- [Klima- und Umweltministertagung in Helsinki](#) 6
- [Informelle Tagung der MinisterInnen für Justiz und Inneres](#) 7

Ausschuss der Regionen

- [#CohesionAlliance: Für eine starke Kohäsionspolitik im Zeitraum 2021-2027](#) 8

Europäisches Parlament

- [Plenarsitzung des Europäischen Parlaments in Straßburg](#) 9
- [Die Ausschüsse des EU-Parlaments](#) 10

Laufende Konsultationen 11

Tagesordnungen der Institutionen 12

Impressum 12

Gemeinsame Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45–47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Ursula von der Leyen, designierte Kommissionspräsidentin

Ursula von der Leyen ist am Dienstag, den 16. Juli 2019, zur neuen EU-Kommissionspräsidentin gewählt worden. Als erste Frau in der Geschichte der Europäischen Union wird die deutsche konservative Verteidigungsministerin die Kommissionspräsidentschaft übernehmen.



Die Wahl war jedoch alles andere als eindeutig. Am Ende erreichte von der Leyen mit 383 Stimmen haarscharf die absolute Mehrheit (374 Stimmen). In ihrer Rede vor der Wahl sprach sie die Themen an, die in ihrer Amtszeit Priorität haben werden.

In ihren politischen Leitlinien erklärt sie ihre Ziele für ihre Amtszeit. Unter anderem nennt sie den Klimaschutz, eine Wirtschaft, die den Menschen dient und das Engagement für die Rechtsstaatlichkeit als ihre Ambitionen.

Als nächstes wird Ursula von der Leyen sich darauf konzentrieren, die Kommission zusammenzustellen. Dazu muss sie die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten dazu auffordern, Kandidaten für die Posten der Kommissionsmitglieder vorzuschlagen

(siehe Zusammensetzung der EU-Kommission im Artikel über die Nominierung von Johannes Hahn als EU-Kommissar).

Laut von der Leyen seien noch keine Entscheidungen bezüglich der Kommission gefallen. Sie setze sich aber für ein ausgewogenes Verhältnis von Frauen und Männern bei der Zusammensetzung des Kollegiums der Kommissionsmitglieder ein.

[Politische Leitlinien](#)

[Stellungnahme von Ursula von der Leyen](#)

[Pressemitteilung des Europäischen Parlaments](#)



Europäische Kommission

Regierung nominiert Johannes Hahn als EU-Kommissar

Die Bundesregierung wird heute, am Donnerstag den 17. Juli 2019, Johannes Hahn als österreichisches Mitglied der EU-Kommission in der bevorstehenden Legislaturperiode (2019- 2024) nominieren. Es ist bereits die dritte Amtszeit des ÖVP-Politikers.

Der gebürtige Wiener studierte an der Universität Wien zunächst ab 1976 sechs Jahre Rechtswissenschaften, bevor er 1982 ein Studium der Philosophie, Publizistik und Germanistik begann und 1987 mit der Arbeit „Die Perspektiven der Philosophie heute, dargestellt am Phänomen der Stadt“ promovierte.

Seine politische Laufbahn begann in der ÖVP-Jugendorganisation Junge Volkspartei. Im Jahr 2004 übernahm er den Posten als Obmann der Wiener ÖVP ehe er im Jänner 2007 als Wissenschaftsminister angelobt wurde.

Im Jahr 2010 wurde er erstmals als österreichischer EU-Kommissar nach Brüssel entsandt, wo er das Amt des Kommissars für Regionalpolitik in der Legislaturperiode 2009-2014 innehatte. Für die Legislaturperiode 2014-2019 nominierte ihn die Regierung von Bundeskanzler Werner Faymann erneut als österreichischen Kommissar und er erhielt den Posten des EU-Kommissars für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen.

ZUSAMMENSETZUNG DER EU-KOMMISSION

Für die Zusammensetzung der EU-Kommission schlägt zunächst jeder Mitgliedstaat eine/n Kommissar/in vor. Auf der Grundlage dieser Vorschläge wird dann die designierte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen eine Liste mit potenziellen Vizepräsidenten/-präsidentinnen und Kommissionsmitgliedern erstellen. Diese Liste muss vom Europäischen Rat, den Staats- und Regierungschefs der EU, gebilligt werden. Anschließend präsentiert sich jede/-r Kandidat/-in vor den parlamentarischen Ausschüssen, die für den jeweiligen Politikbereich zuständig ist. Die Anhörungen sind für den Zeitraum 30. September bis 8. Oktober 2019 vorgesehen. Die Ausschussmitglieder stimmen dann über die Eignung der Person für das Amt ab. Sind alle 27 Kandidaten einmal bestätigt, stimmt das Parlament im Plenum – voraussichtlich auf seiner Plenarsitzung vom 21. bis 24. Oktober – über das Team als Ganzes ab. Bestätigt das Parlament das Team, werden die KommissarInnen vom Europäischen Rat ernannt.

[Johannes Hahn \(Seite der Europäischen Kommission\)](#)



Rat der Europäischen Union

Rat „Landwirtschaft und Fischerei“ erörterte gemeinsame Agrarpolitik

Am Montag, den 15. Juli 2019, fand der Rat „Landwirtschaft und Fischerei“ in Brüssel statt. Die MinisterInnen für Landwirtschaft der EU-Mitgliedstaaten trafen sich, um die Agrarpolitik und ihre Umwelt- und Klimaaspekte zu diskutieren. Finnlands Landwirtschaftsminister Jari Leppä führte den Vorsitz.

Laut dem finnischen Landwirtschaftsminister Jari Leppä soll die Nachhaltigkeit der gemeinsame Nenner aller EU-Maßnahmen im Bereich Landwirtschaft und Fischerei sein. Priorität wird es sein, während den Verhandlungen über die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020, so viele Fortschritte wie möglich zu machen, bevor der Mehrjährige Finanzrahmen für 2021-2027 festgelegt wird. Für die GAP steht wegen dem Brexit eine Kürzung der Finanzmittel um etwa 5% bevor.

Weiters wurde der Rat über den Abschlussbericht der hochrangigen Gruppe „Zucker“ unterrichtet. Der Bericht geht insbesondere auf die Lage im Zuckersektor nach dem Auslaufen des Quotensystems Ende September 2017 ein. Die Quotenregelung schützte durch Regulierungen des Zuckeranbaus in den EU-Mitgliedstaaten die Zuckerbauern vor großen Preisschwankungen. Seit dem Ende der Regelung kam es zu großer Zuckerüberproduktion und die Preise stürzten ein. Im Abschlussbericht der hochrangigen Gruppe „Zucker“ werden Vorschläge zur Ausbalancierung des Marktes aufbereitet.

Ferner präsentierte die Kommission die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen der EU und den Mercosur Ländern – Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay – ein Freihandelsabkommen, das am 28. Juni 2019 als Teil eines Assoziierungsabkommens zwischen den beiden Regionen geschlossen wurde.

[Gemeinsame Agrarpolitik \(GAP\) auf einen Blick](#)

[Outcome of the Council Meeting, Agriculture and Fisheries](#)

[Finland's Presidency Programme](#)

[Zukunft der GAP](#)

[Bericht der hochrangigen Gruppe „Zucker“](#)

[EU und Mercosur-Staaten einigen sich auf Freihandelsabkommen](#)



Rat der Europäischen Union

Rat „Auswärtige Angelegenheiten“

Am 15. Juli 2019 tagte der Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ in Brüssel. Behandelt wurden die dringlichsten internationalen Fragen. EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini führte den Vorsitz.

Unter anderem besprachen die EU-AußenministerInnen das weitere Vorgehen der EU mit Blick auf die unrechtmäßigen Bohrungen der Türkei auf zyprischem Hoheitsgebiet. Die Türkei fordert eine Beteiligung der – nur von Ankara anerkannten – Türkischen Republik Nordzypern an den Gasvorkommen in dem Gebiet. Als Reaktion setzte die EU bereits Sanktionen gegen die Türkei, die sich davon jedoch unbeeindruckt zeigt.

Hinsichtlich der Atomvereinbarung mit dem Iran und der jüngsten Entwicklungen, also der Nicht-Achtung der vereinbarten 3,67%-Grenze des Irans und anderen Verstößen gegen das Abkommen, beriet sich der Rat über die angespannte Lage in der Golfregion. Der Iran versicherte mit der Unterzeichnung des Abkommens, dass er seine Uranbestände von ursprünglich mehr als 10.000 Kilogramm auf 300 Kilogramm reduzieren würde und diese auf maximal 3,67% anreichert. Damit soll sichergestellt werden, dass der Iran nicht in den Besitz von Atomwaffen gelangt. Als Reaktion auf die Sanktionspolitik der USA beschloss der Iran diese Grenze zu überschreiten. Der Rat appellierte an den Iran die Vereinbarungen einzuhalten.

Angesichts des am 6. Februar 2019 in Bangui – der Hauptstadt der Zentralafrikanischen Republik (RCA) – zwischen der Regierung der RCA, den Séléka- und den Anti-Balaka-Gruppen unterzeichneten Friedensabkommen, berieten die MinisterInnen darüber, wie die EU ihre Unterstützung weiter verstärken könnte, um auf eine anhaltendes Umsetzung des Abkommens hinzuwirken. Die RCA versinkt seit einem Militärputsch 2013 in dem Präsident Bozizé gestürzt wurde in Gewalt und

einer humanitären Katastrophe. Das Land wird von Kämpfen zwischen den konkurrierenden Rebellengruppen Séléka und Anti-Bakala destabilisiert. Nur etwa ein Fünftel des Landes ist unter der Kontrolle der Regierung.

Außerdem bekräftigte der Rat bei seinem Zusammentreffen die unverbrüchliche Unterstützung der EU für die Einheit, Souveränität und territoriale Unversehrtheit des Irak und begrüßte die Bildung einer föderalen Regierung.

Weiters wurde ein informeller Gedankenaustausch mit dem Außenminister der Republik Moldau, Nikolae Popescu, geführt. Die EU-Außenminister bekundeten ihre Unterstützung und Erwartungen bezüglich der Umsetzung von Reformen im Zusammenhang mit dem Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Republik Moldau.

[Türkische Republik Nordzypern \(Wikipedia\)](#)

[Bohrungen der Türkei im östlichen Mittelmeer: Rat nimmt Schlussfolgerungen an](#)

[Kernpunkte des Atomabkommens](#)

[Gemeinsamer umfassender Aktionsplan und restriktive Maßnahmen der EU](#)

[Die Konfliktsituation in der Zentralafrikanischen Republik](#)

[Beziehungen EU-Republik Moldau](#)



Rat der Europäischen Union

Klima- und Umweltministertagung in Helsinki

Von Donnerstag bis Freitag, 11.-12. Juli 2019, fand in Helsinki (Finnland) ein informelles Treffen der Umwelt- und KlimaministerInnen in Helsinki statt. Auf der Tagung erörterten sie, wie europäische und internationale Klimamaßnahmen besser gefördert werden können.



Im Rahmen der informellen Gespräche stellten die MinisterInnen fest, dass es notwendig sei, im Lauf der nächsten zwanzig Jahre Wirtschaft und Wohlstand auf einem neuen, nachhaltigen Fundament zu bauen. Dieser Schritt werde sich erheblich auf Produktion und Konsum in der EU auswirken.

Um das im Pariser Abkommen formulierte Ziel der Senkung der Erderwärmung um 1,5°C gegenüber vorindustrieller Zeit (etwa um 1850) bis zum Jahr 2050 zu senken, muss das Ziel die Netto-Null-Emission sein. Das bedeutet, dass alle menschengemachten Treibhausgas-Emissionen durch Reduktionsmaßnahmen wieder aus der Atmosphäre entfernt werden müssen.

In den Diskussionen ist auch sehr stark die Notwendigkeit zum Ausdruck gekommen, die Arbeit zum Schutz der biologischen Vielfalt zu verbessern und zu beschleunigen. „Es geht um die Sicherung unserer Lebensbedingungen.“, meinte die finnische Umwelt- und Klimaministerin.

Außerdem müsse die EU, so die MinisterInnen, ihre ambitionierte Politik zur Förderung der Kreislaufwirtschaft fortsetzen. Das bedeutet, dass bestehende Materialien und Produkte so lange wie möglich wiederverwendet werden sollen. Ziel müsse eine Gesellschaft sein, die natürliche Ressourcen nicht verschwendet, sondern durch Sparsamkeit neue Geschäftsmöglichkeiten schafft.

Bei der Organisation der Tagung wurden die Prinzipien der Nachhaltigkeit konsequent verfolgt. So wurde zum Beispiel auf das traditionelle Sachgeschenk für die MinisterInnen verzichtet und die dafür reservierten Mittel zur Gänze an die Kompensation von Treibhausgas-Emissionen, die durch die Anreise der Tagungsgäste entstehen, aufgewendet.

[Mehr Informationen](#)

[Mehr Informationen](#)

[Kreislaufwirtschaft](#)



Rat der Europäischen Union

Informelle Tagung der MinisterInnen für Justiz und Inneres

Von Donnerstag bis Freitag, 18.-19. Juli 2019, findet in Helsinki die Informelle Tagung der MinisterInnen für Justiz und Inneres statt.

Am Donnerstagvormittag steht eine Diskussion der InnenministerInnen über die Zukunft der Migrationspolitik und der inneren Sicherheit der EU auf dem Programm. Nachmittags werden künstliche Intelligenz und hybride Bedrohungen diskutiert.

Am Freitag tauschen sich die JustizministerInnen über die Stärkung der Rechtstaatlichkeit, sowie aktuelle Herausforderungen im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen aus.

Außerdem wird das Thema EU-Privatrecht und multilaterale Zusammenarbeit behandelt.

[Mehr Informationen](#)

Ausschuss der Regionen



#CohesionAlliance: Für eine starke Kohäsionspolitik im Zeitraum 2021-2027

Führende Mitglieder der Fachkommission für Kohäsionspolitik und EU-Haushalt (COTER) und des Ausschusses für Regionale Entwicklung erörtern mit Vertretern von Verbänden der Gebietskörperschaften und der Branchenverbände die Gefahren und Chancen bei den künftigen Verhandlungen zwischen Europäischem Parlament und Rat.

Es besteht noch immer die Gefahr, dass die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) im Zeitraum 2021-2027 die Fähigkeit verlieren, Unterschiede auszugleichen, und nachhaltiges und inklusives Wachstum in ganz Europa anzukurbeln. Die Partner der unionsweiten #CohesionAlliance für eine starke Kohäsionspolitik nach 2020 diskutierten am 10. Juli 2019 im Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) mit den neu gewählten Mitgliedern des Europäischen Parlaments darüber, wie diese Gefahr gebannt werden kann.

Die #CohesionAlliance ist eine Allianz für die Kohäsionspolitik, deren Befürworter der Ansicht sind, dass diese Politik auch weiterhin eine tragende Säule für die Zukunft der EU sein muss. Infolge des Brexits steht die EU bei der Haushaltsplanung vor neuen Herausforderungen. Unter anderem besteht dabei die Möglichkeit, dass weniger Mittel für die Kohäsionspolitik bereitgestellt werden. Um das Bewusstsein um die Bedeutung der Kohäsionspolitik zu schärfen, haben die wichtigsten Verbände der Regionen und Städte, sowie der AdR im Oktober

2017 die Allianz für die Kohäsionspolitik – die #CohesionAlliance – ins Leben gerufen.

In den letzten Jahren hat sich die Allianz als wichtigste Kommunikationsplattform etabliert, die alle Interessenträger der Kohäsionspolitik sowohl des privaten, als auch des öffentlichen Sektors zusammenbringt, um ihnen im Beschlussfassungsprozess der EU eine Stimme zu geben. Gleichzeitig soll die Öffentlichkeit über die Verpflichtung der Union zur Verringerung der unterschiedlichen Rahmenbedingungen in EU-Mitgliedsstaaten informiert und dafür sensibilisiert werden.

[AdR Artikel](#)

[ESI-Fonds](#)

[#CohesionAlliance](#)



Europäisches Parlament

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments in Straßburg

Von Montag bis Donnerstag (15.07. bis 18.07.) traten die EU-Parlamentsabgeordneten (MEPs) zur Plenarsitzung in Straßburg zusammen. Wobei die Wahl der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen mit Sicherheit den Höhepunkt der Sitzung darstellte, standen auch eine Vielzahl anderer wichtiger Themen auf der Tagesordnung.

Nachdem Ursula von der Leyen am Dienstagvormittag ihre Pläne und Schwerpunkte als Kommissionspräsidentin vorstellte, begann um 18 Uhr die Abstimmung über ihre Nominierung. Geheim und per Stimmzettel wurde sie schließlich als erste Frau zur EU-Kommissionspräsidentin gewählt.

Am selben Tag wurde auch eine Bilanz des rumänischen Ratsvorsitzes gezogen, welcher am 1. Juli von Finnland für die nächsten sechs Monate übernommen wurde. Die MEPs würdigten die Fortschritte, die in vielen Bereichen erzielt wurden, darunter Energie und Umwelt, der digitale Binnenmarkt, die innere Sicherheit sowie die Wirtschafts- und Währungsunion. Einige von ihnen äußerten jedoch auch ihre Besorgnis über das Niveau der politischen Ambitionen sowie über mehrere widersprüchliche Maßnahmen der rumänischen Regierung.

Am darauffolgenden Tag, dem 17. Juli, stellte anschließend Finnland sein Arbeitsprogramm für den Ratsvorsitz vor. In seiner Rede betonte der finnische Premierminister Antti Rinne, dass die Führung in Sachen Klimaschutz, gemeinsame Werte und Rechtsstaatlichkeit, Wettbewerbsfähigkeit und soziale Integration sowie umfassende Sicherheit im

Mittelpunkt der EU-Ratspräsidentschaft des Landes stehen werden.

Neben Aussprachen über humanitäre Hilfe im Mittelmeer und Umweltzonen in den Städten der EU, haben die Abgeordneten auch über die Zusammensetzung der interparlamentarischen Delegationen abgestimmt. Hierbei handelt es sich um Delegationen, die die Beziehungen zu Abgeordneten in Ländern, Regionen und Organisationen außerhalb der EU pflegen. Dabei geht es auch darum, die Grundwerte der EU zu fördern: Freiheit, Demokratie, Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie die Rechtsstaatlichkeit. In dieser Wahlperiode wird es 44 interparlamentarische Delegationen geben, was derselben Anzahl wie bereits in der letzten Legislaturperiode des EU-Parlaments entspricht.

[Mehr Informationen](#)

[Mehr Informationen](#)

[Mehr Informationen](#)

[Mehr Informationen](#)

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Die Ausschüsse des EU-Parlaments

Am Mittwoch den 3. Juli 2019 hat das Parlament die zahlenmäßige Zusammensetzung der zwanzig Ausschüsse und zwei Unterausschüsse festgelegt, sowie die Mitgliederlisten für die Ausschüsse angenommen.

Unter den 48 Mitgliedern im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI) sind Simone Schmiedtbauer (ÖVP) und Sarah Wiener (Die Grünen) aus Österreich.

[Vollständige Liste der AGRI-Mitglieder](#)

Im 76 Mitglieder zählenden Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) sind die Österreicher Alexander Bernhuber (ÖVP) und Günther Sidl (SPÖ).

[Vollständige Liste der ENVI-Mitglieder](#)

Die österreichischen Mitglieder im Ausschuss für Verkehr und Tourismus (49 Mitglieder) ist die Tirolerin Barbara Thaler (ÖVP), und in stellvertretender Position Roman Haider (FPÖ) und Georg Mayer (FPÖ).

[Vollständige Liste der TRAN-Mitglieder](#)

Im Ausschuss für Regionale Entwicklung (REGI) mit 43 Mitgliedern ist Monika Vana (Die Grünen), und in stellvertretender Position Simone Schmiedtbauer (ÖVP) und Hannes Heide (SPÖ).

[Vollständige Liste der REGI-Mitglieder](#)

[Abgeordnete aus Österreich](#)

[Die Ausschüsse des Europäischen Parlaments - Information](#)

[Verzeichnis der Ausschüsse des Europäischen Parlaments](#)

[Zusammensetzung der Ausschüsse für die 9. Legislaturperiode](#)



Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[EU-Steuerpolitik – Bewertung der Kommunikationskanäle](#)

Steuern

21. Juni 2019– 13. September 2019

[Evaluierung der Förderung der Jugendbeschäftigung durch die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen und den Europäischen Sozialfonds](#)

Beschäftigung und Soziales

24. Mai 2019– 16. August 2019

[Sustainable batteries – EU requirements](#)

Binnenmarkt

13. Juni 2019– 8. August 2019

[Standard chargers for mobile phones](#)

Binnenmarkt

14. Mai 2019– 6. August 2019

[Agriculture – simplified EU approval scheme \(block exemption\) for state subsidies \(review\)](#)

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Wettbewerb

26. April 2019– 19. Juli 2019

[Trans-European Transport Network \(TEN-T\) Guidelines – evaluation](#)

Verkehr

24. April 2019– 17. Juli 2019



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -
Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Maritje Weydemann, LL.B.

Martin Rigo

Abbildungsverzeichnis

http://www.dtoday.de/startseite/politik_artikel,-Von-der-Leyen-zu-knapper-Wahl-In-der-Demokratie-ist-die-Mehrheit-die-Mehrheit-_arid,676211.html

<https://eu2019.fi/en/priorities/programme>